Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.80 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bez. 20, außerh. 25 ₰, Rekl.-Z. 80 ₰ mit Ins.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größ. Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Aufte. wird keine Gewähr übernommen.

№ 296. | Samstag, den 18 Dezember 1926. | 84. Jahrgang.

Deutschland.

Die Beamten-Weihnachtsbeihilfen steuerfrei.

Der Anregung des Abg. Schuldt-Steglitz (D. d. P.) stimmte der Reichsfinanzminister zu, daß die Beträge, die nach den Maßnahmen der Reichsregierung zu Weihnachten an die Gehalts-, Lohn-, Pensions- und Rentenempfänger gezahlt werden, soweit deren Einkommen die steuerfreie Grenze nicht erreicht, vom Steuerabzug gemäß § 75 des Einkommensteuergesetzes befreit bleiben sollen.

Kritik an dem sozialdemokratischen Beschluß.

Berlin, 16. Dez. Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in dem die Einbringung eines Mißtrauensantrags angekündigt wird, wenn die Reichsregierung nicht zurücktritt, hat nach dem gestrigen Verhandlungstage allgemein überrascht. Die „Germania" sieht in dem Beschluß ein Zugeständnis an den radikalen Flügel der Partei. Mit Politik habe eine solche Taktik wenig mehr zu tun. Das Blatt glaubt nicht, daß die Reichsregierung und die Regierungsparteien viel Neigung zeigen würden, der sozialdemokratischen Forderung zu entsprechen. Man brauche sich deshalb nicht zu verwundern, wenn die Beschlüsse des heutigen Ministerrates und der Regierungsparteien anders ausfielen, als sie ohne die sozialdemokratische Ankündigung ausgefallen wären. Auch die „Tägliche Rundschau" zweifelt nicht daran, daß das Kabinett die sozialdemokratischen Forderungen nicht erfüllen wird. Die „Vossische Zeitung" sagt, der Fraktionsbeschluß werde als ein Schlag in das Gesicht des Kabinetts Marx empfunden, das doch unzweideutig zu erkennen gegeben habe, daß man ehrlich die Große Koalition wolle. Das Blatt hält es nicht für ausgeschlossen, daß die Reichsregierung die Antwort als eine Brüskierung empfindet und daraus die Konsequenzen zieht, die ebenso gut in einer Gesamtdemission, wie in einer Auflösung des Reichstages bestehen könnten. Der „Lokalanzeiger" schreibt, zum zweiten Male sei die sozialdemokratische Fraktion über Abmachungen hinweggegangen, die ihre Führer getroffen hätten. Das genüge zur Genüge, wie außerordentlich stark der linke Flügel der Sozialdemokratie sei. Nach wie vor richtet sich der Hauptstoß der Sozialdemokraten gegen die Minister der Demokraten, die dennoch immer wieder versuchten, mit der Sozialdemokratie in Fühlung zu kommen. Die „Deutsche Tageszeitung" meint, die Mittelparteien hätten sich in diesem Falle unter der Führung des Zentrums und seines Reichskanzlers in eine Situation hineinmanövriert, die verzweifelte Aehnlichkeit mit einer Sackgasse habe, denn sie besäßen im Augenblick kaum noch die Freiheit irgend welcher selbständigen Entschließung, ließen sich vielmehr von der Sozialdemokratie das Gesetz des Handelns diktieren. Der „Vorwärts" schreibt erklärend zu dem Beschluß der Fraktion, der Fraktion sei es mit ihrer Bereitschaft über die Bildung einer Regierung der Großen Koalition zu verhandeln, durchaus ernst. Selbstverständlich wolle sie in der Großen Koalition für die Republik und für die arbeitenden Massen etwas erreichen. Eine Regierung der Großen Koalition könne nicht geschaffen werden, ohne daß grundsätzlich alle Portefeuilles neu besetzt würden. Das schließe natürlich nicht aus, daß der eine oder der andere Minister bei der Neubildung in sein Amt zurückkehre. Das Mißtrauen der Sozialdemokratie gegen Geßler könne durch die wie immer gearteten Erklärungen nicht beseitigt oder beschwichtigt werden. Sollten sich die Parteien der Mitte mit der Sozialdemokratie über die notwendigen Reformen bei der Reichswehr einigen, so würde der Mann, der diese Reformen durchzuführen habe, noch zu finden sein. Herr Stresemann müsse unglücklicherweise Berlin sehr bald wieder verlassen, um für sechs Wochen in Aegypten Erholung zu suchen. Daß es für die Sozialdemokratie ein ziemlicher Unterschied sei, ob sie mit Stresemann oder mit Scholz zu tun habe, werde man verstehen. Auf eine Vertagung der Krise könne sich die Sozialdemokratie nach alledem nicht einlassen. Erst wenn der Rücktritt der Regierung erfolgt sei, sei der Weg frei zu Verhandlungen.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 16. Dez. (Krisenfürsorge für Erwerbslose.) Eine besonders lange Erwerbslosigkeit besteht — und zwar im ganzen Bezirk des Württ. Landesamts für Arbeitsvermittlung — für die Angehörigen der Edelmetall-Industrie und für die Angestellten. Es ist daher bestimmt worden, daß die Angehörigen dieser beiden Berufe, die in der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis zum 31. März 1926 wegen Ablaufs der gesetzlichen Unterstützungsdauer aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschieden sind, in die Krisenfürsorge aufgenommen werden können, falls sie dies bis zum 31. Dezember 1926 beantragen und die übrigen Voraussetzungen vorliegen.

(Wetterbericht.) Die Wirkung des Hochdrucks im Westen wird durch eine östliche Depression beeinträchtigt. Für Sonntag und Montag ist zeitweise bedecktes und auch zu vereinzelten Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 17. Dez. Verschiedenen Anregungen Folge gebend, waren auf Donnerstag abend ins Gasthaus zum „Hohenzollern" Vertreter des Handwerks und Gewerbes eingeladen, um zur Gründung eines Gewerbevereins Stellung zu nehmen. Die Versammlung war gut besucht. Die Aussprache ergab die einmütige Auffassung, daß die Gründung eines Gewerbevereins für unseren Ort ein Bedürfnis ist. Der Einzelne vermag gegen die akuten Fragen, die Handwerk und Gewerbe heute bewegen, wenig auszurichten. Es sei nur an den Steuerkampf im württ. Landtag und an die teilweise viel zu hohe Steuer-Einschätzung erinnert. Nur ein geschlossenes Zusammengehen aller Kreise kann hier wirksam sein. Die Aufgaben, die sich der Verein stellt, sollen nur wirtschaftlicher und berufsfördernder Art sein, während die Betreibung jeglicher Politik vollständig ausgeschlossen sein soll, was ganz besonders erwähnt wurde. Es wurde ein Ausschuß gebildet, der die Statuten vorbereiten und auf Anfang des nächsten Jahres eine Gründungsversammlung einberufen soll.

Calmbach, 16. Dez. Die Weihnachtsfeiern haben nun wieder eingesetzt. Als erster Verein war diesmal der „Liederkranz" auf dem Plan. Am letzten Samstag und Sonntag fanden seine Aufführungen im „Anker"saal statt und verliefen aufs beste. Um die Sache nicht zu lange auszudehnen, bot der Verein nur vier Chöre, aber mit gewohnter Präzision und Reinheit, unter der Leitung seines Direktors, Herrn Fritz Schrafft-Pforzheim. Als passende Einleitung sang der Chor die bekannte Volksweise „Es ist ein' Ros' entsprungen". In den beiden Chören „In den Alpen" von Hegar und „Tirtisches Schenkenlied" von Mendelssohn-Bartholdy zeigte der Verein seine gute Schulung und die Höhe seines Könnens. Vier komische Stücke sorgten für die nötige Heiterkeit. Wenn auch der Inhalt der Stücke nicht als klassisch bezeichnet werden kann, so entschädigte dafür die gute Musik und die flotte Vorführung derselben. Am besten gefiel das Singspiel „Die Kunst geliebt zu werden". Bei dem Drama „Schuld" war der Gang der Sache etwas unwahrscheinlich, es wurde aber gut gespielt. Je rührender die Darsteller spielten, desto heiterer gebärdete sich ein gewisses Publikum. Wahre Lachsalven löste „Die Heimkehr vom Sängerfest" aus. Bei allen Stücken hatte die Begleitung Herr Schrafft übernommen, und er zeigte sich hier als bedeutender Violinspieler, während seine Frau auf dem Klavier diskret und gewandt begleitete. In einer Zwischenpause wurden verschiedene Sänger vom Vorstand, Gipsermeister R. Locher, für langjährige Mitgliedschaft ausgezeichnet. Für 35jährige Mitgliedschaft erhielten ein Diplom und den Sängerbecher Wilhelm Jäger, Fronmeister, und Emil Proß; für 15jährige Mitgliedschaft Friedrich und Ludwig Theurer, sowie Fritz Kiefer den Sängerring.

Neueste Nachrichten.

Neunkirchen, 17. Dez. Dieser Tage wurde auf dem Neunkirchener Eisenwerk eine Lohngelderunterschlagung entdeckt, die bis zum Jahre 1924 zurückreicht. Es soll sich um rund 200 000 Francs handeln. Der Täter, ein Lohnbuchhalter, wurde verhaftet. Der Betrag der Unterschlagung dürfte durch die im Besitz des Verhafteten befindlichen mobilen und immobilen Werte gedeckt sein.

Düsseldorf, 17. Dez. Im großen Kölner Sportschiedsprozeß wurden fünf Angeklagte freigesprochen, die übrigen fünf Angeklagten erhielten Geldstrafen in Höhe von insgesamt 3313000 Mark oder im Nichtbeitreibungsfalle Haft. Die Haupttäter wurden außerdem wegen Bandenschmuggels zu mehrmonatiger Gefängnisstrafe verurteilt.

Verden, 17. Dez. Vor dem Schwurgericht hatte sich, der „Täglichen Rundschau" zufolge, der Arbeiter Dietrich Kohlhoff aus Bruchhausen wegen Mordes zu verantworten. Der Angeklagte hat seinen drei Wochen alten unehelichen Sohn am 8. Oktober dadurch getötet, daß er ihm während der Abwesenheit der Mutter Salzsäure eingab. Dem Antrag des Staatsanwaltes entsprechend wurde der Angeklagte wegen Mordes zum Tode und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer verurteilt.

Magdeburg, 18. Dez. Vor dem Großen Schöffengericht hatten sich der Verfasser des die Rathenau- und Erzbergermörder verherrlichenden Artikels in der „Standarte" und der verantwortliche Redakteur dieser Stahlhelmzeitschrift zu verantworten. Die Anklage war aufgrund des Republikschutzgesetzes erhoben worden. Redakteur Schwarz wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung gegen den Verfasser des Artikels, Schaumecker, wurde vertagt, um weitere Beweise zu erheben.

Landau, 17. Dez. In dem Mordprozeß gegen den französischen Leutnant Rouzier versuchte man auf französischer Seite mit unhaltbaren Beschuldigungen gegen die deutschen Mitangeklagten zu arbeiten.

Berlin, 17. Dez. Rechtsanwalt Dr. Ludwig Mayer hat heute vormittag bei seiner Vernehmung vor dem Oberstaatsanwalt ein Geständnis über die ihm zur Last gelegten Straftaten, Anstiftung oder Beihilfe zur Aktenbeseitigung, abgelegt. Der Beschuldigte hat gegen den Haftbefehl, der gegen ihn erlassen worden ist, keine Beschwerde erhoben.

Berlin, 17. Dez. Die Auszahlung der Beamtenweihnachtsbeihilfen soll nach Anweisung des Reichsfinanzministeriums und des preußischen Finanzministeriums am 21. und 22. Dezember erfolgen.

Berlin, 17. Dezbr. In dem Prozeß gegen Michael Holzmann wurde heute früh das Urteil verkündet. Der Angeklagte wird wegen Bestechung des Regierungsrats Bartels und des Kriminalbeamten Rothe unter Einbeziehung der gegen ihn in der Strafsache Kutisker und Genossen erkannten Strafe von einem Jahr sechs Monaten zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren Gefängnis verurteilt. 15 Monate und zwei Wochen werden durch die Untersuchungshaft als verbüßt erklärt. Von der Anklage der Erpressung an Iwan Kutisker wurde Holzmann freigesprochen. Das Verfahren wegen versuchten Betruges bei dem Osram-Geschäft und wegen vollendeten Betruges im Falle des Hanauer Lagers wurde auf Antrag des Staatsanwaltes vorläufig eingestellt. Die Haftbefehle wurden aufgehoben, jedoch bleibt Holzmann weiter im Gefängnis, da er sich bereits in Strafhaft befindet.

Berlin, 17. Dez. Die heutigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über eine Lohnzulage für die Reichsarbeiter führten zu folgender Vereinbarung: Die unter den Tarifvertrag des Reiches fallenden Arbeiter erhalten, sofern sie zwischen dem 1. April und dem 2. Dezember mindestens 90 Tage beschäftigt waren, einen Wochenlohn als einmalige Lohnzahlung; die preußische Regierung hat sich dieser Vereinbarung angeschlossen.

Berlin, 17. Dezbr. Alle Militärrentenempfänger erhalten im Dezember 1926 eine einmalige Zuwendung in Höhe von einem Viertel der für Dezember zu gewährenden laufenden Versorgungsgebühren. Die Auszahlung erfolgt in der Weise daß die Versorgungsämter die Zuwendung mit der Rente für Januar 1927 zusammenzahlen. Den Gesamtbetrag an Rente erhalten die Empfänger vom 27. Dezember an bei den Postanstalten usw. An Empfänger der Zusatzrente wird die einmalige Zuwendung so bald als möglich (wenn irgend angängig noch vor Weihnachten) von der Fürsorgestelle gezahlt werden.

Berlin, 18. Dez. General von Pawels ist hier eingetroffen, um sich neue Instruktionen für die Verhandlung mit dem Versailler Militärkomitee zu holen. — Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der von seiner Grippeerkrankung immer noch nicht wiederhergestellt ist, hat auf Anraten des Arztes beschlossen, seinen Urlaub früher als ursprünglich beabsichtigt war, anzutreten. Er wird unmittelbar vor dem Weihnachtsfest Berlin verlassen und sich für einige Wochen zur Erholung nach Aegypten begeben. — Der Vollzugsausschuß der kommunistischen Internationale hat heute den Beschluß der kommunistischen Partei Deutschlands über die Ausschließung von Maslow, Ruth Fischer und Genossen bestätigt. Mit Ausnahme Maslows haben sich die Ausgeschlossenen vor der Appelationskommission verantwortet.

Königsberg, 17. Dez. Wie der Tel.-Union vom hiesigen litauischen Konsulat mitgeteilt wird, ist die litauische Regierung in Kowno gestürzt und die Militärdiktatur ausgerufen worden. In Kowno und im Lande herrscht Ruhe. Es soll versucht werden, in den nächsten Tagen eine neue Regierung zu bilden.

Paris, 17. Dezbr. Der Senat hat in einer Gesamtabstimmung mit 280 gegen 8 Stimmen das Gesamtbudget verabschiedet. Der Generalberichterstatter, Senator Cheron, teilte mit, daß sich ein Einnahmeüberschuß von 105 049 057 Frs. ergebe.

New-York, 17. Dez. Aus privaten Kreisen verlautet einer Agenturmeldung zufolge, daß der Kaiser von Japan gestorben ist.

Der Streit um die Gewerbesteuer.

Stuttgart, 17. Dez. Der Landtag hatte in seiner heutigen Sitzung zunächst die Abstimmungen über die Anträge des Finanzausschusses betr. Erwerbslosenfürsorge, Notstandsmaßnahmen und Verkehrsfragen nach. Diese Anträge wurden angenommen, ebenso der Antrag Eberhard (Dem.) betr. Weiterschulung der an Ostern aus der Schule tretenden Kinder. Fünf kommunistische und zwei sozialdemokratische Anträge wurden abgelehnt. Sodann begann der Landtag mit der dritten Lesung des Gewerbesteuergesetzes. Staatspräsident Bazille leitete die Aussprache in fünfviertelstündiger Rede ein. Er wandte sich gegen die der Regierung gemachten Vorwürfe und gegen das Uebermaß von Agitation, das gegen den Entwurf entfesselt wurde. Die Abstimmung in der zweiten Lesung habe den irregeführten Wirtschaftskreisen gezeigt, daß die produktiven Erwerbsstände aufeinander angewiesen sind. Industrie und Handel wären vollständig verloren, wenn Landwirtschaft und Arbeiter gegen sie ständen. Industrie und Handwerk hätten ein Interesse daran, daß der Bauer in einer Lage bleibt, die ihn nicht zwingt, mit der Linken zusammen zu arbeiten. Weiter wandte sich der Staatspräsident gegen den Vorwurf der Städte- und Industriefeindlichkeit und der rein agrarischen Einstellung. Die Urheber dieses Vorwurfs sitzen in der Demokratie. Namentlich der Abg. Mauthe habe solche Behauptungen verbreitet. In Wirklichkeit sei die Industrie heute durch Zölle besser geschützt als die Landwirtschaft. Bisher seien alle Handelsverträge auf Kosten der Landwirtschaft abgeschlossen worden. Die Regierung suche einen Ausgleich zwischen Stadt und Land. Wenn man das einfache Leben auf dem Land sehe und dann das brausende Leben in der Stadt, dann könne man doch nicht bestreiten, daß die Städte steuerkräftiger sind als das Land (Zuruf des Abg. Andre: Ihr haltet Protestversammlungen mit 100 Autos vor den Lokalen.) Die Regierung habe drei Handelsverträge abgelehnt, bei zweien sich der Stimme enthalten, alle anderen angenommen. Aber selbst die Zustimmungen wurden von der demokratischen Presse in eine Ablehnung umgelogen. Es wäre doch nicht zu verantworten, hunderttausende von Winzern zugrunde gehen zu lassen. Die Exportindustrie, besonders auch die Uhrenindustrie, sei wirksam unterstützt worden und die württ. Regierung besitze für diese Unterstützung sogar ein Dankschreiben des Reichsverbands der Uhrenindustrie. (Die Rechte rief bei diesen Worten dem Abg. Mauthe zu: Ja schämen Sie sich jetzt nicht?). Agrarpolitik treibe die Regierung nur aus Gründen der Gerechtigkeit und aus der Erwägung heraus, daß jedes Volk zugrunde gehe, das seine Landwirtschaft zerschlage. Wer fordere denn das 8. Schuljahr, eine kostspielige Lehrerausbildung? Dieselben Kreise, die sich dann gegen die Steuern wehren. Die öffentlich-rechtlichen Verbände dürften bei den Protestversammlungen ihre Stellung nicht dazu benützen, um die Minister anzugreifen. Man bekommt den Eindruck, daß sie im Dienst einer Partei stehen. Daß man den Staatspräsidenten und Wirtschaftsminister zum Industrie- und Handelstag eingeladen habe, um ihm beleidigende Vorwürfe zu machen, sei eine beabsichtigte grobe Brüskierung gewesen. Nie hätte er geglaubt, daß gebildete Kreise so das Gastrecht mißbrauchen würden. Unter solch verhetzten Verhältnissen könne man nicht weiter arbeiten. Die Regierungskrise war wirklich vorhanden und nicht erfunden. Wenn die künftigen Wahlen eine andere Mehrheit bringen, so werde das Land bald merken, daß die bisherige Regierungskoalition die beste war, die es überhaupt im parlamentarischen System gibt. Lieber gehe er in Ehren unter, als daß er auch nur eine Stunde seine Pflicht dem Lande gegenüber vernachlässige. (Großer Beifall rechts und in der Mitte.) Staatsrat Rau erläuterte die Haltung der württ. Regierung zu den einzelnen Handelsverträgen und wies den schweren Vorwurf zurück, daß die Regierung der Industrie abgeneigt sei. Wie sehr die Landwirtschaft des Schutzes bedürfe, zeige die Preisentwicklung der Agrarerzeugnisse gegenüber den Preisen der Industrie. Der Vorwurf der einseitigen Begünstigung der Landwirtschaft sei ganz unberechtigt. Finanzminister Dr. Dehlinger erklärte, er habe gewußt, daß er bei dem Gewerbesteuergesetz in ein Wespennest steche, denn bei keinem anderen Gesetz gäbe es eine solche Fülle von widerstreitenden Interessen auszugleichen. In den Hauptfragen sei der Regierungsentwurf unverändert geblieben. Bei den Anträgen der Regierungsparteien handle es sich um Nebenpunkte. Er vergehe sich daher nichts, wenn er sage, daß diese Anträge für die Staatsfinanzen tragbar seien. Der Minister gab Fälle bekannt, in denen Firmen ihren Direktoren die höchsten Gehälter zahlen, sodaß dann ein ganz geringer versteuerbarer Gewinn oder gar noch ein Defizit herauskommt. Schließlich betonte er noch, daß nach den Anträgen der Regierungsparteien das Gewerbe aus seinem gewerblichen Einkommen von 425 Millionen im Jahr 1925/30 Millionen an Staats- und Gemeindesteuern, also 7 Prozent, die Landwirtschaft aber aus 170 Millionen an Grundsteuern 20 Mill. gleich 11¾ Prozent zahle. Der Abg. Dr. Schott (B.P.) verlas dann namens des Zentrums, der Bürgerpartei und des Bauernbunds eine Erklärung zu den von diesen Parteien gemeinsam vorgelegten Anträgen, die das Bestreben verfolgen, den Wirtschaftsfrieden zwischen den verschiedenen Wirtschaftsgruppen des Volkes auf der Grundlage steuerlicher Gerechtigkeit zu erhalten. Die Lösung sei erheblich

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

erschwert worden durch das agitatorische Verhalten mehrerer Vertreter der Demokratie. Die Anträge bilden ein einheitliches Ganzes und das Gesetz erfahre nunmehr eine Gestaltung, die auf die wirtschaftliche Lage von Gewerbe, Handel und Industrie soweit Rücksicht nehme, als dies die politische Lage des deutschen Volkes überhaupt gestattet. Nach dieser Erklärung wurde die Weiterberatung auf heute nachmittag vertagt.

In der Nachmittagssitzung wurde die Aussprache über das Gewerbesteuergesetz fortgesetzt, wobei vorwiegend die Oppositionsparteien zum Wort kamen. Der Abg. Winter (Soz.) warf der Regierung vor, daß sie sich bei diesem Gesetz als kraftlos erwiesen habe. Die Regierungsparteien beschuldigte er eines unehrlichen Spieles. Die Gegenüberstellung von Stadt und Land durch den Staatspräsidenten sei in ihrer Einseitigkeit die größte politische Ungeschicklichkeit. Der Bauernbund sei als renitentes Schaf zur Regierungskrippe zurückgekehrt, sein Zusammenschluß mit der Bürgerpartei habe sich als widernatürliche Ehe erwiesen. Seit der Protestversammlung habe das Handwerk gar nichts erreicht, denn die neuen Milderungsanträge kämen nur der Industrie zugut. Der Abg. Albert Fischer (Komm.) stellte einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung. Der Abg. Scheel (Dem.) erklärte, die heutigen Ausführungen vom Regierungstisch grenzen an Demagogie. Das Leben in der Stadt erschöpfe sich nicht im Vergnügen, es herrsche dort viel Hunger und Sorge und es werde dort auch gearbeitet. Als der Staatspräsident noch in der Opposition stand, habe er Reichs- und Landesregierung aufs schärfste angegriffen, so besonders in der Protestversammlung der Oberämter und er sollte deshalb nicht so mimosenhaft empfindlich sein. Seine früheren Forderungen habe er in der Praxis nicht durchsetzen können. Die Demokratie habe sachliche Aufklärungsarbeit geleistet, aber nicht gehetzt. Kämen jetzt Neuwahlen, so würde die ganze Herrschaft des Bauernbunds und der Bürgerpartei zusammenbrechen. Eine Regierung, die sich ihre Vorlagen durch die Regierungsparteien so korrigieren lasse, begebe sich ihrer Autorität. Der Staatspräsident sollte das parlamentarische System, das ihn so empor gehoben hat, nicht derart schmähen. Die Zeit der Abrechnung werde noch kommen. Staatspräsident Bazille erklärte, die Niederlage, die die Demokratie heute morgen erlitten, habe sie veranlaßt, nicht weniger als fünf Redner anzumelden. Scheel habe das Gesichtsfeld ganz verschoben. Das Streben der demokratischen Partei nach der Parlamentarisierung sei eine der Ursachen unseres Zusammenbruchs. Früher habe er gegen die Regierung wohl scharfe Angriffe gerichtet, aber gelogen habe er nie. Wenn er sagte, daß auf dem Land kein Luxus getrieben werde, so heiße das doch nicht, daß alle in der Stadt Luxus treiben. Wolle die Demokratie konsequent sein, so müsse sie dem Mißtrauensantrag zustimmen. Die Regierung, die die Demokratie erstrebe, sei die Koalition mit der Sozialdemokratie. Wollen die württ. Industriellen hier mitmachen, so sollen sie es tun. Vor den nächsten Wahlen habe er gar keine Angst. Und sollte er je nicht mehr gewählt werden, so scheide er ohne zu klagen aus dem öffentlichen Leben aus. Der Abg. Roth (Dem.) bezeichnete die Erklärung der Regierungsparteien als eine Beleidigung der Demokratie und als ein Produkt der Verlegenheit. Er begründete sodann noch verschiedene neu eingebrachte Anträge. So soll für die Jahre 1926 und 1927 der gewerbliche Reinertrag des Jahres 1925 um 25 Prozent gekürzt werden, außerdem sollen die Nachzahlungen in angemessenen Raten binnen fünf Monaten zu entrichten sein. Abg. Mergenthaler (Völk.) wunderte sich über den Umfall des Bauernbunds und bezeichnete die neuen Kompromißvorschläge als eine Verschlechterung. Der Abg. Roth (D. Vp.) führte die gereizte Stimmung der wirtschaftlichen Organisationen darauf zurück, daß ihre Einwendungen fast nirgends berücksichtigt wurden. Der Abg. Henne (Dem.) bestritt, daß in der Versammlung der Handwerker die Autorität des Staates untergraben wurde. Die Erregung bei den Handwerkern sei keine künstliche, sie werde sich noch steigern, wenn die Steuerzettel herausgehen. Abg. Dr. Mantbe (Dem.) wünschte, daß es weder Sieger noch Besiegte gebe und daß eine einheitliche Front für das Gesetz geschaffen werde. Außerdem fordert er eine Erweiterung der Exportmöglichkeit und eine engere Verbindung des Wirtschaftsministeriums mit der Industrie. Der Abg. Dr. Bruckmann (Dem.) stellte als Parteivorsitzender fest, daß weder der Parteivorstand noch die Fraktion in dieser Angelegenheit agitatorisch vorgegangen sind. Er bestritt auch, daß die Demokratie eine eklatante Niederlage erlitten habe. Bei den dann folgenden Abstimmungen wurden die neuen Anträge der Regierungsparteien angenommen, alle übrigen Anträge abgelehnt. **Im übrigen wurde das Gesetz nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. Die Schlußabstimmung ergab die Annahme des Gesetzes mit 40 Ja-Stimmen der Regierungsparteien gegen 31 Stimmen der übrigen Parteien.** Der kommunistische Mißtrauensantrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Finanzminister Dr. Dehlinger teilte noch mit, daß die Regierung im Januar den Entwurf einer Landes- und Gemeindesteuerordnung vorlegen werde. Der Landtag tritt etwa in der zweiten Hälfte des Januar wieder zusammen. Präsident Körner schloß die Sitzung mit den besten Wünschen zum Weihnachtsfest und Jahreswechsel.

Die Anträge der Regierungsparteien zum Gewerbesteuergesetz.

Wird ein Gewerbe von mehreren im Betrieb vollbeschäftigten Unternehmern gemeinschaftlich betrieben, so erhöht sich der auszuscheidende persönliche Arbeitsverdienst für den zweiten vollbeschäftigten Mitunternehmer um 50 Prozent, für jeden weiteren um 30 Prozent, höchstens aber um 10 000 Mark für den ersten und um 5000 R.M. für jeden weiteren Mitunternehmer. Besteht bei Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung Grund zu der Annahme, daß Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer, Direktoren oder sonst in leitender Stellung befindliche Personen für ihre der Gesellschaft geleisteten Dienste unangemessen hohe Bezüge erhalten haben, so wird festgestellt: a) die Summe der am Gewinn der Gesellschaft abgerechneten Bezüge dieser Personen für ihre der Gesellschaft geleisteten Dienste; b) der Betrag, der als persönlicher Arbeitsverdienst auszuscheiden wäre, wenn die Gesellschaften der Einkommensteuer unterliegen und ihrem gewerblichen Reinertrag die Summe der nach Buchstabe a) festgestellten Bezüge zugerechnet würde. Als Mitunternehmer gelten hiebei alle Personen, deren Bezüge nach Buchstabe a berücksichtigt sind. Uebersteigt die Summe der nach Buchstabe a) festgestellten Bezüge den nach Buchstabe b) berechneten persönlichen Arbeitsverdienst, so ist der Mehrbetrag dem gewerblichen Reinertrag der Gesellschaft zuzurechnen. Der nach Abs. 1 bis 4 berichtigte gewerbliche Reinertrag ist auf volle 10 R.M. nach unten abzurunden; erreicht er den Betrag von 30 R.M. nicht, so ist er auf diesen Betrag aufzurunden. 2. Bleibt der gewerbliche Reinertrag hinter 5 Proz. (statt 6 Proz.) des gewerblichen Betriebskapitals zurück, so ist er auf diesen Betrag zu erhöhen. Für das Rechnungsjahr 1926 wird der steuerbare Gewerbeertrag wie folgt gekürzt: wenn er bis zu 3000 R.M. beträgt um 25 Proz., wenn er mehr als 3000 R.M. beträgt um 20 Proz. Die aus diesem Gesetz sich ergebenden Nachzahlungen an Gewerbesteuer samt Gemeindeumlage für das Rechnungsjahr 1925 sind in vier gleichen Teilbeträgen zu entrichten, wovon der erste einen Monat nach Bekanntgabe der Steuerschuld, die übrigen je einen weiteren Monat später fällig werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Dez. In seiner heutigen Sitzung nimmt der Reichstag zunächst die Zusatzvereinbarung zum Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Italien in allen drei Lesungen an, ebenso den Entwurf zur Regelung der Sozialversicherung und der Erwerbslosenfürsorge der bei Reparationsarbeiten im Ausland beschäftigten Arbeitnehmer und setzt dann die dritte Lesung des Nachtragshaushalts fort, mit der die Abstimmung über die Mißtrauensvoten der Sozialdemokraten und Kommunisten verbunden ist. Abg. Dr. Haas (Dem.) bedauert die Haltung der Sozialdemokratie, die eine politische Unmöglichkeit sei. Was die Reichswehr betreffe, so solle man nicht dauernd in der Vergangenheit herumwühlen. Die Reichswehr müsse alle Beziehungen zu politischen Verbänden abbrechen; auch durch das Reichsbanner dürfe sie nicht politisiert werden. Abg. Müller-Franken (Soz.) verteidigt seinen Fraktionskollegen Scheidemann gegen die an seiner Rede geübte Kritik. Für die Behauptung des Reichskanzlers, daß ein Teil der von Scheidemann gemachten Angaben sich als unrichtig erwiesen habe, sei ein Beweis noch nicht erbracht worden. Die Erklärung der Regierung, daß Beziehungen der Reichswehr zu den Selbstschutzverbänden verboten seien, genüge nicht. Seine Fraktion verlange, daß diese Verbote endlich und sofort durchgeführt werden. Zu Geßler habe sie in dieser Beziehung aber kein Vertrauen mehr. Der Redner begründet dann das Verlangen seiner Fraktion auf Rücktritt der Regierung, die glaube, personelle und sachliche Garantien für eine Neubildung der Regierung durch den Rücktritt der bisherigen schaffen zu müssen. Abg. Rädel (Komm.) vermißt die Beweise für die sozialdemokratischen Behauptungen über Rußland und fordert Auflösung des Reichstags. Abg. Graf von Reventlow (Völk.) bestreitet, daß in Genf ein Erfolg erzielt worden sei. Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) weist den Vorwurf der Illoyalität gegenüber den anderen Koalitionsparteien zurück. Nach einem heiteren Bruderstreit zwischen Linkskommunisten und Kommunisten schließt die Aussprache, worauf in die Beratung der einzelnen Haushalte eingetreten wird. Beim Etat des Reichsministeriums des Innern wird beschlossen, für Beamtenerholungsheime nicht 100 000, sondern nur 70 000 M. zu bewilligen und die in der zweiten Lesung auf 68 Millionen erhöhte Summe für das Sofort-Programm zugunsten der Ostgebiete wieder auf 41 Millionen herabzusetzen. Beim Etat des Ministeriums für die besetzten Gebiete findet eine Entschließung Annahme, die eine ähnliche Unterstützung für die besetzten oder besetzt gewesenen Gebiete des Westens verlangt, wie für die Ostgebiete bewilligt wurde. Beim Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung wird eine Herabsetzung des Härtefonds für Notopferabfindungen abgelehnt und der Nachtragshaushalt dann in der Gesamtabstimmung angenommen, ebenso eine Entschließung, wonach die Weihnachtsbeihilfen für die Beamten in entsprechender Weise auch den Reichsarbeitern gewährt werden sollen. Alsdann wird unter allgemeiner Spannung die Abstimmung über die Mißtrauensvoten vorgenommen. Vorher erklärt Abg. Graf Westarp (Dn.), daß seine Fraktion gegen das Mißtrauensvotum gegen Geßler stimmen werde. Bei dem allgemeinen Mißtrauensvotum handle es sich aber um etwas anderes. Die letzte Zeit habe den Beweis erbracht, daß eine Regierung der Mitte, die ihre Politik auf wechselnde Mehrheiten zu stützen suche, nicht möglich sei. Die deutschnationale Fraktion werde daher dem gegen das Gesamtkabinett gerichtete Mißtrauen zustimmen. — **Zuerst wird über das sozialdemokratische Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinett abgestimmt, gegen das mit den Regierungsparteien nur die Wirtschaftliche Vereinigung stimmt. Das Votum wird mit 249 gegen 171 Stimmen angenommen, womit die weiteren Mißtrauensanträge erledigt sind. Die Minister verlassen darauf den Sitzungssaal. Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen vertagt sich der Reichstag bis zum 19. Januar 1927.**

Die Reichsregierung gestürzt.

Berlin, 17. Dez. **Das Reichskabinett ist soeben gestürzt worden. Um 5 Uhr 12 Min. nachmittags verkündete Präsident Löbe unter atemloser Spannung des Hauses das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über das sozialdemokratische Mißtrauensvotum gegen das gesamte Kabinett. Es sind insgesamt 520 Karten abgegeben worden, davon 249 mit Ja, 171 mit Nein, so daß die Regierung also in der Minderheit geblieben ist. Die Deutschnationalen haben kurz vorher durch den Grafen Westarp ankündigen lassen, daß sie den Mißtrauensantrag unterstützen würden, worauf Graf Westarp ausdrücklich den Vorbehalt machte, daß diese Haltung seiner Fraktion keineswegs eine Kritik der bisherigen Politik der Regierung bedeute, sondern nur dazu dienen solle, eine Klärung der Verhältnisse herbeizuführen.**

Berlin, 17. Dez. **Auf Grund der heutigen Abstimmung des Reichstags beschloß das Reichskabinett, dem Reichspräsidenten noch heute seine Demission zu überreichen, und beauftragte den Reichskanzler, dem Reichspräsidenten die Rücktrittserklärung zu überbringen. Der Reichspräsident nahm die Rücktrittserklärung entgegen. Er dankte dem Reichskanzler für seine und der Reichsminister bisherige Arbeit und beauftragte den Reichskanzler und die Mitglieder der Reichsregierung mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte. Der Reichskanzler erklärte sich namens des Kabinetts hierzu bereit.**

Die Berliner Blätter zum Sturz des Kabinetts Marx.

Berlin, 18. Dez. Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt unter der Ueberschrift: „Der Weg ist frei": Durch das gestrige aktive Eingreifen der Deutschnationalen ist die Bereitwilligkeit zur Teilnahme an der Verantwortung nur noch unterstrichen worden; denn sie haben damit den toten Punkt ihrerseits überwinden helfen. Die nächste Initiative liegt beim Reichspräsidenten. Die „Kreuzzeitung" betont: Im Vordergrund auch der kommenden Verhandlungen über die Regierungsbildung wird der Schutz der Reichswehr stehen, die unter keinen Umständen der Sozialdemokratie ausgeliefert werden darf. Die große Fülle anderer innerpolitischen Erwägungen tritt davor zurück. Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erklärt, daß die Bereitschaft der Deutschnationalen zur Beteiligung an der Regierungsverantwortlichkeit unverändert andauere und daher Berücksichtigung als wesentlichstes Moment der Verhandlungen erheische. Der „Lokalanzeiger" hebt hervor: Daß der Kurs der Außenpolitik unverändert bleiben muß, wird von den meisten Parteien für selbstverständlich gehalten. Die „Tägliche Rundschau" sagt: Bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen ist es ganz unmöglich, eine Regierung unter Umgehung der Mitte zu bilden. Deshalb ist auch der Gedanke der Weimarer Koalition überhaupt nicht diskutierbar. In der „Germania" heißt es, das Endresultat wäre also dieses: Beide Flügelparteien haben gesündigt und parteipolitische Bedenken über staatspolitische Gesichtspunkte gestellt. Daraus ergeben sich für das Zentrum bestimmte Richtlinien. Es ist in seinen Entschlüssen völlig frei, nach keiner Seite gebunden und kann seine Entschließungen in voller Unabhängigkeit fassen. Das „Berliner Tageblatt" sieht den einzigen Ausweg aus der Krise in der Wiederherstellung derselben Koalition mit anderen Personen und mit dem Ziel, die Große Koalition später zu bilden. Der „Vorwärts" schließt seine Ausführungen mit den Worten: Läßt sich das Zentrum nicht zum Bürgerblock zwingen, dann bleibt nur zweierlei: Es muß mit der Sozialdemokratie regiert werden oder der Reichstag muß aufgelöst werden. Der Artikel der „Roten Fahne" ist eine einzige Angriffsfanfare gegen die Sozialdemokraten wegen deren Koalitionsbereitschaft.

Eine Kundgebung der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 17. Dez. Die Nationalliberale Korrespondenz, das parteiamtliche Organ der Deutschen Volkspartei, schreibt zum Sturz des Kabinetts Marx u. a.: Die Minderheitsregierung ist gefallen. Nicht weil ihre politische Leistung versagt hätte, sondern weil die Parteien rechts und links sich in dem Drange, zur Macht zu gelangen, in ihrem Sturze zusammenfanden. Die Deutschnationalen hatten die Gewißheit, daß die Deutsche Volkspartei für eine Erweiterung der Regierung nach rechts eintreten würde, wenn die Partei des Grafen Westarp zur Abwehr der sozialdemokratischen Anträge beigetragen hätte. Auch Reichskanzler Marx hatte den Deutschnationalen erklärt, daß ein Kabinett der Großen Koalition jetzt nicht in Frage kommen könne. Trotzdem hat die Deutschnationale Volkspartei den Weg der äußersten Opposition beschritten, ohne Rücksicht auf die innen- und außenpolitischen Folgen. Die Deutsche Volkspartei, die in jedem Stadium der Verhandlungen das Ziel der Schaffung einer tragfähigen Regierung im Auge behalten hat, lehnt jede Verantwortung für diese Krise ab.

Maul- und Klauenseuche.

1. In **Büchenbronn**, Bez. Amts Pforzheim ist die Seuche **erloschen.**

2. Mit Rücksicht auf den Stand der Seuche in **Loffenau** und **Birkenfeld** sowie in den benachbarten Bezirken gelten bis auf weiteres folgende seuchenpolizeiliche Anordnungen:

A. **Sperrbezirk:** In **Loffenau:** Die dem Schultheißenamt daselbst von hier mitgeteilten und dort zu erfahrenden einzeln bezeichneten Gehöfte.
In **Birkenfeld:** Die Seuchengehöfte Wilhelm Gohl alt und Jakob Schmid sowie der Stall des Eduard Dietz.

B. **Beobachtungsgebiet: Die übrigen Teile von Loffenau und Birkenfeld** sowie **Herrenalb** und **Gernsbach**, Bez.-Amts Rastatt, **je mit Feldmark.**

C. **15 Kilometer Umkreis:** Sämtliche Bezirksgemeinden mit Ausnahme von Beinberg, Weißenbach und Unterlengenhardt, sowie die nicht mehr als 15 Kilometer von den Seuchenorten entfernten badischen Gemeinden.

Die oberamtl. Bekanntmachungen vom 29. November und 3. Dezember 1926 — Enztäler Nr. 279 und 284 — werden insoweit geändert.

Neuenbürg, den 17. Dez. 1926.

Oberamt:
I. A.: Dr. Hagmann, stv. Amtsvorst.

Wieder eingetroffen

Plüschtrikot-Unterhosen

für Herren, Größe 4 und 5, schwere Qualität,

jedes Paar **4.90** R.Mark

außerdem:

Knabensweater . . . R.M. 2.90, 3.90, 4.90
Pullover f. Damen u. Herren „ 5.50, 7.50, 9.50
Westen für Damen und Herren, **gestrickte Knabenanzüge, Herrenhemden, Cravatten, Handschuhe, Damen- und Kinderwäsche, Babyartikel, Taschentücher** und viele andere praktische Geschenk-Artikel zu billigen Preisen.

Sonntag von 12 bis 6 Uhr geöffnet.

Kaufhaus S. Dreifuss,
Pforzheim,
am Leopoldsplatz (gegenüber Hotel Post).

Ständiges Inserieren führt zum Erfolg!

Bevorzugt wird über die Feiertage das einheimische Qualitäts-Bier

Mönchs Weihnachts-Bock

aus der Klosterbrauerei Herrenalb.

, wird von den meisten Par-
en. Die „Tägliche Rundschau"
olitischen Verhältnissen ist es
unter Umgehung der Witz
Gedenke der Weimarer Koali-
. In der „Germania" heißt
dieses: Beide Allgemeinbe-
sche Bedenken über staatspoli-
aus ergeben sich für das Zen-
ft in seinen Entschlüssen völlig
und kann seine Entschließun-
en. Das „Berliner Tageblatt"
er Krise in der Wiederherstel-
deren Personen und mit den
zu bilden. Der „Vorwärts"
den Worten: Läßt sich das
zwingen, dann bleibt nur
zialdemokratie regiert werden
oft werden. Der Artikel der
ngriffsfanfare gegen die Sa-
litionsbereitschaft.

Deutschen Volkspartei.

alliberale Korrespondenz, das
hen Volkspartei, schreibt zum
.: Die Minderheitsregierung
itische Leistung versagt hätte,
und links sich in dem Drange
Sturze zusammenfanden. Die
wißheit, daß die Deutsche
g der Regierung nach rechts
tei des Grafen Westarp zur
n Anträge beigetragen hatte
ben Deutschnationalen erklärt,
koalition jetzt nicht in Frage
Deutschnationale Volkspartei
on beschritten, ohne Rücksich
schen Folgen. Die Deutsche
sum der Verhandlungen das
igen Regierung im Auge be-
ung für diese Krise ab.

Klauenseuche.

bez. Amts Pforzheim ist die

und der Seuche in **Loffenau**
benachbarten Bezirken gelten
enpolizeiliche Anordnungen:
u: Die dem Schultheißen-
ier mitgeteilten und dort zu
bezeichneten Gehöfte.
ie Seuchengehöfte Wilhelm
b Schmid sowie der Stall

ie übrigen Teile von Lof-
eld sowie **Herrenalb** und
us Rastatt, **je mit Feldmark.**
Sämtliche Bezirksgemeinden
Beinberg, Moisenbach und
wie die nicht mehr als 15
Seuchenorten entfernten bade-

gungen vom 29. November
täler Nr. 279 und 284 —

1926.
Oberamt:
Hagmann, stv. Amtsvorst.

ugetroffen
Unterhosen
5, schwere Qualität.
90 Mark
m:
R.M. 2.90, 3.90, 4.90
n „ 5.50, 7.50, 9.50
rren, gestrickte Knaben-
ravatten, Hausschuhe,
Babyartikel, Taschen-
aktische Geschenk-Artikel
Preisen.
6 Uhr geöffnet.
Dreifuss,
eim,
über Hotel Post).

führt zum Erfolg!

Bock

PHANKO
Pfannkuch
Preiswerte
Weißweine

Tischwein ¼ Fl.	85 ₰
Oberhardter ¼ Fl.	1.15
Edenkobener ¼ Fl.	1.25
Maikammerer und Odermoseler ¼ Fl.	1.30
Rechenheimer ¼ Fl.	1.40
Dienheimer Beere ¼ Fl.	1.60
Dienheimer Hölchen ¼ Fl.	1.80
Nierstein Domtal ¼ Fl.	2.00
Oppenheimer Kehrweg ¼ Fl.	2.50

Alles mit Flasche und Steuer
Verlangen Sie unsere neueste Weinpreisliste
Pfannkuch

Ottenhausen.
Eine gut gemolkene

Kalbin
mit Kalb
steht dem
Verkauf aus
Gerber, Schmiedes Witwe.

PHANKO
Pfannkuch
Reiche Auswahl
Liköre
Eigene Abfüllung

Pfeffermünz und Kümmel ¼ Fl. 4.-	½ Fl. 2.25
Bergamotte und Nuß ¼ Fl. 4.75	½ Fl. 2.75
Cherry-Brandy und Blutorange ¼ Fl. 5.25	½ Fl. 3.-
Echter **Weinbrand** ¼ Fl. 3.80	½ Fl. 2.10
Weinbrand-Verschnitt ¼ Fl. 3.20	½ Fl. 1.85

Alles mit Steuer und Flasche
Am Sonntag, 19. Dez., sind unsere Geschäfte von 1—6 Uhr geöffnet
Pfannkuch

Forstamt Wildbad.

Zwei Steinfuhrakkorde.

Am **Dienstag den 21. Dez.**, nachmittags 4 Uhr, wird in der **Eyachmühle** das Beifuhren von **240 Kbm. Schotter** aus dem Steinbruch in Abt. 32, Vordere Kriegswaldhalde, auf den Pfeiffers- und Schaibleswegs im öffentlichen Abstreich vergeben (kurze Vollendungsfrist); ferner 6 Uhr im „Wildbader Hof" in **Wildbad** die Beifuhr von **Schotter** vom Bahnhof Calmbach zum Kleinenzhof.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das auf Markung **Birkenfeld** belegene, im Grundbuch von da Heft 1031 a, Abteilung I Nr. 3 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen der Pferdehändler **Berthold Bär** und **Siegfried Lichtenberger**, beide in **Karlsruhe**, eingetragene Grundstück Parz. Nr. 3456—3460 und 3462

62 a 69 qm Acker auf der kleinen Höhe, am 2. b. W.
geschätzt zu 4700 ℳ

zum Zweck der Aufhebung der Gemeinschaft
am **Mittwoch den 22. Dez. 1926 nachmittags 3 Uhr**,
auf dem Rathause in Birkenfeld versteigert werden. Der Versteigerungsvermerk ist am 21. Oktober 1926 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Birkenfeld, den 4. November 1926.

Kommissär:
Bezirksnotar Dopffel.

Brennholzverkauf

Am kommenden **Montag den 20 Dezember**, abends 7 Uhr, kommen auf dem Rathaus im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf:

Aus Abt. 5 **Kelterwald:** 14 Rm. Laubholz, 10 Rm. Nadelholz;
aus Abt. 6 **Otterbusch:** 17 Rm. Laubholz, 21 Rm. Nadelholz, 12 Rm. Anbruch, 1 Rm. eichene Rugel, 3 Rm. eichene Gartenpfosten, 1 Rm. lä. Gartenpfosten.

Birkenfeld, den 17. Dezember 1926.

Gemeindepflege: Bolay.

Formulare liefert rasch und billig die
C. Meeh'sche Buchdruckerei

Forstamt Neuenbürg.
Der linksseitige
Eyachtalweg
ist **wieder freigegeben.**

Neuenbürg.
Zu Weihnachten
empfehle ich Folgendes:
Kirsch- und Zwetschgenwasser, Cognac, Malaga, Hochheimer Sekt,
Liköre
in großer Auswahl:
Sherry Brandy, Bergamotte,
feiner Damenlikör,
Pfeffermünz, Maraschino, Goldwasser, f. Herrenlikör,
Eierkümmel, sowie noch verschiedene andere Sorten.
Auch bringe ich meine
Rot- und Weißweine
in empfehlende Erinnerung.
Alb. Vester,
Küfermeister.
Kübel- und Zuberwaren
in großer Auswahl.

Birkenfeld.
Auf die Feiertage
empfiehlt selbstgebranntes
Zwetschgenwasser,
sowie naturreine
alte Weine,
pro Liter 1 Mark.
Paul Fix.

Hausfrauen!
Verlangen Sie wieder den schon vor 1914 bekannten **Cocoshift**
„Blitzmädel"
zur Entfernung von **Flecken** aus Stoffen aller Art.
Alleinverkauf durch
Karl Bertsch,
Schneidermeister,
Schömberg. OA. Neuenbürg.

Gistrele
Heilbehandlung
von: Asthma, Krampfadern, offenen Beinen, Gallensteinleiden und Kolik, Rheuma, Ischias, Herzleiden aller Art usw. **Dr. Hummel, Heilkundiger, Pforzheim,** Obere Rodstraße 1.

TELE FUN KEN
Zu Weihnachten
empfehle:
Apparate, Röhren Einzelteile.
Telefunken Alpha,
das billige, leistungsfähige Zwei-Röhren-Gerät für Europa-Empfang.
Eugen Wieland, Neuenbürg, Bahnhofstraße 52.

1. Fußballklub Schwann.

Einladung.

Zu der am **Sonntag den 19. Dez.** stattfindenden

Abend-Unterhaltung,

verbunden mit gesanglichen und theatralischen Aufführungen, u. a. das Drama **„Hedwig, die Banditenbraut"**, im Saale des Gasthauses zum **„Waldhorn"** ladet herzl. ein

der Vorstand.

Anfang punkt 7 Uhr.

PHANKO
Pfannkuch
Preiswerte
Rotweine

Tischwein ¼ Fl.	75 ₰
Montana ¼ Fl.	85 ₰
Dürkheimer ¼ Fl.	1.10
Dürkheimer Feuerberg ¼ Fl.	1.30
Roussillon ¼ Fl.	1.30
Chat. Esparon ¼ Fl.	1.60
Medoc ¼ Fl.	2.00

Verschiedene **Bordeaux- und Burgunder-Weine** ¼ Fl. 2.50
Alles mit Flasche und Steuer
Verlangen Sie unsere neueste Weinpreisliste
Pfannkuch

Stadelmann's
Atelier ist täglich, auch Sonntags geöffnet v. 10 bis 4 Uhr.
Photograph. Werkstätte
Birkenfeld
am Bahnhof.

Besonders geeignet für
Weihnachts-Geschenke
Bettwäsche
Steppdecken
Wolldecken
Kamelhaardecken
Grosse Auswahl in allen Qualitäten u. Ausführungen am Lager
Billigste Preise
Jsidor Schwarz
Leinen- und Wäsche-Haus
Pforzheim
Telefon 977 Westliche 29
(am Leopoldsplatz)

Fußball-Verein Neuenbürg.

Sportplatz im „Breiten Tal".

Sonntag, den 19. Dezember, nachmittags ½3 Uhr,

Verbands-Wettspiel

gegen

V. f. B.
Pfinzweiler.

Vorher:
2. Mannschaften.
Beginn ½1 Uhr.

Empfehle meinen
5 Tonnen-Lastwagen
für Nah- und Fernfahrten bei prompter und billigster Bedienung.
Emil König,
Telefon 172 Neuenbürg.

PHANKO
Pfannkuch
Preiswerte
Süd-Weine

Malaga „Gold" ¼ Fl.	1.40
½ Fl.	90 Pf.
Feinster alter **Malaga** ¼ Fl.	1.80
½ Fl.	1.10
Malaga „Gold Extra" ¼ Fl.	2.20
½ Fl.	1.30
Vermouth Bianchi ¼ Fl.	1.40
Cora ¼ Fl.	2.20
Inf.-Samos ¼ Fl.	1.80
Priorato feiner Süßwein ¼ Fl.	1.70

Duro-Portwein
Madeira
Alles mit Flasche und Steuer.
Verlangen Sie unsere neueste Weinpreisliste.
Pfannkuch

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Morgen Sonntag ist unser Geschäft

von 12 bis 6 Uhr geöffnet.

Preiswerte Geschenkartikel in allen Abteilungen.

Pforzheim **KNOPF** Pforzheim

DAS GROSSE KAUFHAUS FÜR ALLE

An die sozialdemokratischen Gemeindevertreter u. die Gewerkschaftsfunktionäre im Oberamt Neuenbürg.

Wir berufen hiermit auf **Sonntag den 19. Dezbr. 1926, vormittags 9 Uhr**, in die Restauration **Karl Bäuerle** an der **Haltestelle Engelsbrand** eine

Konferenz der soz.-dem. Gemeindevertreter und sämtlicher Gewerkschaftsfunktionäre

ein.

Tages-Ordnung: Die Krisenfürsorge.

Referat: Gen. Hermann Haarer, Pforzheim.

Wir ersuchen sämtliche Funktionäre der Freien Gewerkschaften und Gemeindevertreter der SPD. im Oberamt Neuenbürg um pünktliches und vollzähliges Erscheinen.

Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund Ortsausschuß Pforzheim.
J. A. Hermann Haarer.

Der Bezirks-Vertrauensmann:
Karl Bäuerle.

Neuenbürg.

Als prakt. Geschenke

empfehle ich billigst

Rein Aluminium-Waren

aller Art.
Sätze nur RM. 13.50,

Messingpfannen, Haushaltungsgeschirre, Kaffee-, Tee- und Speiseservice, Waschgarnituren.

C. Göckelmann

Neuenbürg-Stuttgart, 18. Dez. 1926.
Moltkestr. 82.

Am 14. Dezember entschlief sanft im Alter von 78 Jahren unsere l. Mutter, Grossmutter, Schwester und Schwägerin

Frau Sophie Horsch,

Witwe, geb. Burghard,

Die Beerdigung fand gestern in Stuttgart statt.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Die Töchter:
Klara Gmachreich, Witwe mit Kindern, Bodelshausen.
Emilie Fißler mit Gatten, Zürich.
Lisel Frank mit Gatten und Kindern, Stuttgart.

Praktische

Weihnachts-Geschenke

Kleiderstoffe
Mantelstoffe
Waschstoffe
Weisswaren
Wolldecken
Fertige Schürzen
Baumwollwaren

Anerkannt gute Qualitäten!
Unbedingte Preiswürdigkeit!

Reste und Abschnitte
außergewöhnlich billig.

Lellbach

Pforzheim, Leopoldstr. 7, 1 Tr.

Gegr. 1905

Die letzten **Neuheiten**
in
Wiener und echt englischen

Pullovers

für Damen und Herren
sowie

Sportstrümpfe und Herren-Socken

in Wolle und Viella
sind eingetroffen!

Besichtigen Sie bitte meine Schaufenster

Sal. Sigmann

LEINEN BETTEN Normale Gedeckte Wäsche AUSSTATTUNGEN

Wäsche-Fabrik
Ecke Leopold- und Zerrennerstraße
Telefon 2195
Pforzheim

Photo-Atelier

Wilhelm Laun,

Neuenbürg a. E.

Alte Pforzheimer Strasse.

Beachten Sie bitte meine Preise!

Es kann jedermann sich photographieren lassen und mit einer Photographie

ein schönes Weihnachts-Geschenk

machen.

Beispiel: Ein Dutzend Karten liefere ich in sehr guter Ausführung zu **6.50 Mark.** Kabinett und andere Formate dementsprechend.

Atelier täglich, auch Sonntags, geöffnet. — Aufnahme-Schluss für Weihnachten: 23. Dezember.

I. FC. Birkenfeld
(E. V.)

Sonntag nachm. 1/2 3 Uhr

Verbands-Spiel

gegen

„Adler" Heilbronn.

Abends 1/2 8 Uhr

Wiederholung

des Schauspiels mit Gesang

Henkerssohn und Zigeunerin.

Eintritt 50 Pfg.

Die Verwaltung.

Harmoniums

in jeder Ausführung und Preislage.

Spielapparat Liebmannista,

für Harmoniums zum Aufsetzen und eingebaut. Jeder mann kann sofort — ohne Notenkenntnisse — vierstimmig Harmonium spielen. Unverbindliche Vorführung im

Musikhaus Richard Cuntz

Pforzheim, Leopoldstraße 1
(Arkaden Riedolsch — Rathaus)

Bestellungen auf

Stempel

jeder Art nimmt entgegen

C. Meeh'sche Buchhandlung

Ev. Gottesdienst in Neuenbürg.

Sonntag, den 19. Dez. (4. Advent) 10 Uhr Predigt (Joh. 1, 19–28) Lied Nr. 135): Stadtdekan Zeller

4 Uhr Weihnachtsfeier der Kinderschule in der Kirche: Dekan Dr. Magerle

Mittwoch abends 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus zur Vorbereitung auf das Weihnachtsfest. Bibelstunde in Waldrennach ist am Donnerstag Abend keine Bibelstunde.

Kath. Gottesdienst in Neuenbürg

am Sonntag den 19. Dezember (4. Adventssonntag)

9 Uhr Predigt und Amt.
1/2 2 Uhr Christenlehre z. Andacht